

## Schweiz

# SVP-Powerplay um Ausschaffungen stellt CVP vor Zerreissprobe

Die SVP will ihre neue Initiative sofort lancieren. Sie erhöht so den Druck auf die Mitteparteien. Die CVP sucht Rat bei der Basis.

Von Patrick Feuz, Bern

Manch ein Politiker dürfte gestern bei der Morgenlektüre leer geschluckt haben. Wie SVP-Präsident Toni Brunner in der «Sonntagszeitung» ankündigte, greift seine Partei früher als erwartet zum härtesten Mittel im Powerplay um die Umsetzung der Ausschaffungsinitiative: Noch in diesem Sommer will sie die Unterschriftensammlung für eine neue Initiative starten. Mit dem neuen Volksbegehren möchte sie durchsetzen, dass die vor anderthalb Jahren gutgeheissene erste Initiative zur Ausschaffung krimineller Ausländer kompromisslos umgesetzt wird. Den Entscheid, mit der Durchsetzungsinitiative vorwärtszumachen, hat die Parteileitung gefällt.

Damit erhöht die SVP den Druck insbesondere auf FDP und CVP. Parteien und Verbände müssen sich bald festlegen, ob sie die Ausschaffungsinitiative völkerrechtskonform umsetzen wollen, wie dies der Bundesrat vorschlägt. Oder der Variante der SVP den Vorzug geben, bei der ein straffälliger Ausländer auch dann automatisch ausgeschafft wird, wenn dies gegen das Verhältnismässigkeitsprinzip, das Menschenrecht auf Familienleben oder andere internationale Verträge verstösst. Beide Varianten für eine Gesetzesanpassung hat der Bundesrat vor kurzem in die Vernehmlassung geschickt.

«Die SVP will Druck auf das Parlament ausüben», sagt CVP-Fraktionschef Urs Schwaller. Er selber hat schon öffentlich dafür geworben, bei der Umsetzung «möglichst nahe am Initiativtext» zu bleiben. FDP-Präsident Philipp Müller fordert gar eine Umsetzung ohne

Vorbehalte. Was diese Positionsbezüge wert sind, ist im Moment noch unklar. Eines ist aber offensichtlich: Viele Politiker in der FDP und CVP wollen sich von der SVP nicht länger vorwerfen lassen, «den Volkswillen zu missachten».

Vor allem die FDP hat wenig Lust auf eine neue Initiative und einen Abstimmungskampf, in dem sich nur die SVP profilieren kann. Immerhin stimmten laut Vox-Abstimmungsanalyse 51 Prozent der FDP-Sympathisanten für die Ausschaffungsinitiative, obwohl Parteispitze und Delegierte ein Nein empfohlen hatten. Bei der CVP waren es 37 Prozent, welche der SVP-Initiative zustimmten. Vor allem in den Inner-schweizer Kantonen war der Ja-Anteil unter den CVP-Anhängerinnen und -Anhängern hoch.

## CVP-Spitze sucht «klare Linie»

Da die Zahl der Hardliner in der CVP kleiner ist als in der FDP, ist auch der Widerstand grösser, zulasten des Völkerrechts der SVP allzu weit entgegenzukommen. «Ich habe auf meine Forderung viele erstaunte Reaktionen erhalten», räumt CVP-Fraktionschef Schwaller ein. Er und Parteipräsident Christophe Darbellay suchen jetzt das Heil in einer Umfrage bei der Parteibasis. So soll die CVP eine «klare Linie» finden, über die am Schluss eine Delegiertenversammlung befinden soll.

Per Mail will die CVP-Spitze die Mitglieder und Sympathisanten der Partei fragen, welche Umsetzungsvariante für die Initiative vorzuziehen sei. Orientierung sucht die CVP-Zentrale auch in der Frage, ob für alle Asylbewerber die So-

zialhilfe gestrichen werden soll, wie dies die SVP in der laufenden Asylgesetzrevision fordert.

Der SVP-Druck ist an allen Fronten der Asyl- und Ausländerpolitik wieder gestiegen, und die ist CVP ratlos, wie sie darauf reagieren soll. Bei der Ausschaffungsfrage könnte die CVP das Dilemma am Schluss lösen, indem sie für die Bundesratsvariante stimmt, diese aber noch etwas verschärft. «Das ist eine unserer Überlegungen», sagt Schwaller.

## Wunschscenario der SVP

Für die SVP-Strategen dürfte das Wunschscenario so aussehen: Das Parlament beschliesst die Umsetzungsvariante der SVP, und Rot-Grün ergreift dagegen das Referendum. Denn in dieser Konstellation wäre es schwer vorstellbar, dass sich im Abstimmungskampf bürgerliche Kräfte spürbar im Nein-Lager engagieren.

Etwas schwieriger wäre es für die SVP, wenn das Parlament einer völkerrechtlich abgesicherten Umsetzungsvariante zustimmen würde. Dann müsste sie ihre neue Initiative nicht nur lancieren, sondern auch durchziehen und vors Volk bringen. In diesem Szenario wären FDP und CVP gezwungen, gegen die Initiative anzutreten. Möglicherweise würde dann auch der Wirtschaftsdachverband Economiesuisse ins Geschehen eingreifen und - anders als bei der ersten Ausschaffungsinitiative - Geld für eine wirksame Nein-Kampagne bereitstellen. Komme die Durchsetzungsinitiative vors Volk, so SP-Fraktionschef Andy Tschümperlin, «haben wir den Vorteil einer breiten Front».

Asylbewerber

## Internierungslager für Straffällige

Flüchtlinge, die sich nicht ans Gesetz halten, möchte die SVP in einem nationalen Zentrum einschliessen.

«Der Bund muss eine zentrale, gesicherte Sammelstelle einrichten und finanzieren», sagte SVP-Parteipräsident Toni Brunner in einem Interview mit der «Zentralschweiz am Sonntag». Im Internierungslager sollten Asylbewerber landen, die sich nicht an die Gesetze hielten: «Vom Drogenhandel über körperliche Attacken bis hin zu Einbrüchen.» Brunner geht davon aus, dass ein paar Hundert Personen in diesem Lager untergebracht werden müssten. Notfalls brauche es eben ein zweites Lager.

Der Vorschlag der SVP wird voraussichtlich am 13. Juni im Nationalrat diskutiert. Dann steht die Asylgesetzrevision auf dem Programm. Die Staatspolitische Kommission des Nationalrats (SPK) will renitente und straffällige Asylbewerber ebenfalls in besonderen Zentren unterbringen. Eine Mehrheit der Kommission sprach sich für eine entsprechende Ergänzung des Asylgesetzes aus. Allerdings will die SPK die Asylbewerber nicht einschliessen, sondern ihnen ein Rayon rund um die Zentren zuweisen.

Brunner gehen solche «Internierungslager light» zu wenig weit. Es brauche

einen Zaun um das Zentrum: «Wichtig ist, dass diejenigen, welche die Chance auf Asyl in der Schweiz verwirkt haben, da nicht mehr nach Belieben rein- und rauspazieren können.»

Bedenken von Menschenrechtlern teilt Brunner nicht: «Wir lassen uns in der Schweiz auf der Nase rumtanzen und registrieren nicht, dass solche Internierungslager anderswo bereits Tatsache sind.» Etwa Griechenland verfüge über solche Einrichtungen, und die Niederlande würden ein Asylverfahren in geschlossenen Zentren kennen.

Auch Justizministerin Simonetta Sommaruga orientiert sich bei der Verbesserung des Asylwesens an den Niederlanden, wie sie im vergangenen September gesagt hatte. Nötig seien unter anderem neue Zentren, in denen Verfahren örtlich und zeitlich zusammengelegt werden könnten. Internierungslager seien diese Zentren aber nicht, betonte die Justizministerin damals.

Ebenfalls nichts von Internierungslagern für Asylbewerber hält die Präsidentin der Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus, Martine Brunschwig Graf. «Ein Internierungslager bringt nichts», sagte die Genfer Alt-Nationalrätin (FDP/Liberale) im Interview mit der «NZZ am Sonntag». Es sei viel wichtiger, die Asylverfahren zu beschleunigen und die abgewiesenen Asylbewerber rasch in ihre Heimat zurückzuschicken. (SDA)

## Bern erlebte die grösste Jugenddemonstration seit 1987

Über 10 000 Jugendliche haben die Berner Innenstadt zur Partymeile gemacht und - ohne Bewilligung - für Freiräume demonstriert. Weitere Partys sollen folgen.

Von Sebastian Meier und Christoph Lenz, Bern

Die Bundesstadt war in der Nacht von gestern Sonntag ganz in den Händen der Jugend. Unter dem Motto «Tanz dich frei» demonstrierten über 10 000 Personen lautstark gegen die Regulierung des Berner Nachtlebens und für mehr Freiräume. Zur Kundgebung hatte ein anonymes Kollektiv aufgerufen. Die Polizei liess die tanzfreudige Menge gewähren, obwohl sich die Organisatoren nicht um eine Bewilligung bemüht hatten. Deren Aufruf zur Strassenparty hatte sich via Facebook in Windeseile verbreitet. Es war Berns grösste Jugendkundgebung seit November 1987. Damals hatte der Kampf um die Hüttensiedlung Zaffaraya die junge Generation auf die Strasse getrieben.

Der Anlass richtete sich in erster Linie gegen behördlich verfügte Beschränkungen für Partyveranstalter. Manchen Teilnehmern ging es auch um Kritik am Kapitalismus. Und viele nahmen wohl einfach aus Freude am Happening teil. Dem Aufruf angeschlossen hatten sich das autonome Kulturzentrum Reitschule, mehrere Gastrobetriebe, Nachtclubs, Linksparteien und Interessenorganisationen. Sie alle werfen den Stadtbehörden vor, die Bedürfnisse der Jungen zu verkennen und das Nachtleben ausdorren zu lassen.

## Frühmorgens Patent Ochsner

Die Frage, ob sie wegen der Party oder wegen der Demonstration auf die Strasse gingen, beantworteten die vom TA Befragten unterschiedlich. Die Botschaft schwingt «irgendwo am Rand» mit, sagte ein junger Mann. «Sowohl Party als auch Politik», meinte ein anderer. Schliesslich sei bereits der Aufmarsch ein deutliches Zeichen, dass die Bedürfnisse der Jugend von den politischen Eliten über die letzten Jahre vernachlässigt worden seien. Er sei «gegen die SVP und den Kapitalismus», begründete ein junger Mann im



«Tanz dich frei»: Tausende haben sich dem anonymen Aufruf - unter anderem über Facebook - angeschlossen. Foto: Peter Klauzner (Keystone)

Pokémon-Kostüm seine Anwesenheit. «Und eben, das mit der Freiheit.»

Am späteren Abend ertrank die politische Botschaft langsam in Alkohol. Dreadlocks und Irokesen tanzten Schulter an Schulter mit Gelfrisuren, Seitenscheiteln, Haarbändern, Baseball-Caps, Zylindern und Hühnerkostümen. Vermummt war nur die Umzugsspitze, die unter antikapitalistischen Sprechchören und dem Gejohle der Masse das Hotel Schweizerhof mit Feuerwerkskörpern beschoss. Später flogen auch Flaschen gegen das Restaurant Du Théâtre. Doch die Chaoten machten höchstens ein Promille der Kundgebung aus. Die meisten Demonstranten dürften nichts von den Vorfällen mitbekommen haben.

Ein offizielles Ende der Kundgebung gab es nicht - bis in den Morgen hinein wurde an mehreren Brennpunkten ge-

tanz, getrunken und gefeiert. Einen letzten Höhepunkt setzte die Berner Band Patent Ochsner in den Morgenstunden mit einem Spontankonzert vor der Reitschule.

## Bundeshaus besprays

Die Polizei bezeichnete ihre Aufgabe als schwierig, weil eine Kontaktaufnahme mit den Veranstaltern nicht möglich gewesen sei. Trotzdem sei der Anlass ohne grössere Zwischenfälle über die Bühne gegangen. Gigantisch war hingegen das Ausmass des Abfalls: 20 Tonnen Müll türmten sich in den Strassen - mehr als an jeder Fasnacht oder bei grossen Fussballspielen. Etliche Gebäude wurden mit Sprayereien versehen, darunter auch das Bundeshaus.

Reto Nause (CVP) zog gestern Sonntag eine gemischte Bilanz der Tanz-

demo. Zwar sei der Umzug insgesamt relativ glimpflich verlaufen, der Stadtbanner Sicherheitsdirektor monierte aber, dass «die ganze Innenstadt als Pissoir benutzt wurde». Die anonymen Veranstalter hätten ihre Verantwortung in manchen Bereichen «absolut ungenügend» wahrgenommen.

Positiver fiel das Echo bei vielen Parteien und beim Verein Pro Nachtleben aus. Die Tanzdemo wurde selbst von bürgerlichen Parteien wie CVP («eine grossartige Sache») und FDP («erfreulich») gelobt.

Das Strassenfest markiert den vorläufigen Höhepunkt im Berner Nachtleben-Konflikt. Bereits vor drei Wochen waren rund 3000 Personen aus Protest gegen neue Auflagen für die Berner Reitschule vor das Bundeshaus gezogen und hatten dort ihren Unmut bekundet.

Damit nicht genug: Es dürften diesen Sommer noch einige Strassenpartys in der Bundeshauptstadt folgen. Bereits gestern Nachmittag riefen Unbekannte auf Facebook zu einer Tanzdemo am 3. August auf. Innert weniger Stunden sicherten knapp 2500 Facebook-User ihre Teilnahme zu. Am späteren Abend zogen die Organisatoren ihren Aufruf jedoch wieder zurück.

## Illegale Party auch in Basel

Einen Nacheinsatz hatte auch die Basler Polizei zu bewältigen. Rund 1000 Personen hatten sich in der Nacht auf Sonntag zu einer illegalen Party in Kleinbasel versammelt. Nach Lärmklagen rückte die Polizei aus, worauf es zu Scharmützeln kam. Die Party wurde aber nicht aufgelöst.

Es rumort in Schweizer Städten, Seite 26